

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich der
Veranstaltung „Reden über Europa“ am 24. November 2013, 15 Uhr,
Historisches Rathaus, Piazzetta**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Professorin Süßmuth,
sehr geehrte Frau Foroutan,
sehr geehrter Herr Mohácsi,
sehr geehrter Herr Terkessidis,
sehr geehrter Herr Zedelius,
liebe Mitveranstalter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich heiÙe Sie im Kölner Rathaus zur Diskussion „Reden über Europa: Die neue
Völkerwanderung? Die neuen Europäer?“ herzlich willkommen.

Die Wahl Kölns als Ort der heutigen Veranstaltung empfinde ich als Ausdruck der
Anerkennung für eine Stadt, die weltweit für ihre Toleranz und Offenheit geschätzt
wird.

Heute leben in Köln über eine Million Menschen aus insgesamt über 180 Nationen;
rund ein Drittel der Kölnerinnen und Kölner hat einen Migrationshintergrund, bei
unseren Kindern sind es rund 50 Prozent. Diese Menschen haben zum Teil eine
eigene Migrationserfahrung, zum Teil prägt die Migrationserfahrung ihrer Eltern und
Großeltern ihre Biografie.

Unsere Stadt, die vor fast 2.000 Jahren als römische Kolonie gegründet wurde, kann
dabei bereits auf eine lange Geschichte der Zuwanderung zurückblicken.

Köln war im Laufe dieser Geschichte oft Ziel von Menschen, die ihre Heimat
verlassen und einen neuen Aufenthaltsort suchen mussten. Beispielsweise
Kriegsgeschehen, Verfolgung wegen Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Religion und
politischen Gruppierung, sexualisierte Gewalt oder wirtschaftliche und soziale

Notlagen veranlassen seit Jahrhunderten Menschen dazu, den akuten und drohenden Gefahren durch Flucht zu entkommen. In einer fremden Umgebung versuchen sie, ein sicheres, menschenwürdiges Leben zu führen. Das aktuelle politische Geschehen und humanitäre Katastrophen in der Welt haben zu Folge, dass Köln in den letzten Monaten verstärkt zur Zuflucht von in Not geratenen Menschen geworden ist.

Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass diesen Menschen unverzüglich geholfen werden muss! Sie benötigen ein Obdach, medizinische und soziale Betreuung und Unterstützung bei ihrer Suche nach neuen Lebensperspektiven. Dazu braucht es eine Kultur des Willkommens und der Gastfreundschaft.

Wir bemühen uns nach Kräften, bei der Unterbringung der zu uns kommenden Menschen auf die individuelle Situation Rücksicht zu nehmen – soweit wir es in dieser Situation können. Wir müssen allerdings feststellen, dass derzeit alle städtischen Unterbringungsressourcen in den Wohnheimen, den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen und auch in einfachen Hotels nahezu ausgeschöpft sind. Deshalb werden mit Hochdruck im gesamten Stadtgebiet Unterbringungsmöglichkeiten in vorhandenen städtischen Gebäuden, aber auch Standorte für Wohncontainer gesucht.

Die Unterbringung in Wohncontainern entspricht nicht unseren Wunschvorstellungen – im Übrigen auch nicht den Leitlinien, die wir mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen vereinbart haben.

Vorübergehend bleiben uns jedoch keine Alternativen, um unserer gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung vor dem Hintergrund des enormen Flüchtlingszustroms nachkommen zu können.

Meine Damen und Herren,
aber nicht nur Flucht und Verfolgung veranlasst Menschen dazu, in unser Land zu ziehen.

Als Wirtschaftsmetropole war Köln jahrelang Anziehungspunkt für unzählige Arbeitskräfte, die im Rahmen von binationalen Abkommen nach Deutschland

einwanderten. Im Rahmen der Familienzusammenführung folgten ihnen häufig ihre Angehörigen. Viele Familien sind in Köln geblieben, viele Personen aus diesem Kreis besitzen heute die deutsche Staatsangehörigkeit.

Deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind aber auch die als sogenannte Spätaussiedler zugezogenen Kölnerinnen und Kölner. Sie stammen vor allem aus Polen und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Die Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen Kölns im Zuge von Globalisierungsprozessen bringt darüber hinaus eine Ansiedlung von ausländischen Unternehmen und den Zuzug ausländischer Fachkräfte mit sich.

Als Standort mehrerer Hochschulen ist Köln aber auch attraktiver Lebensort für ausländische Studierende.

Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedsstaaten und die stufenweise Einführung der Freizügigkeitsregelung eröffnete zudem weiteren Personengruppen die Möglichkeit, sich vorübergehend oder auf Dauer in Köln anzusiedeln und neue Lebensperspektiven für sich zu suchen.

Meine Damen und Herren,
die Vielfalt der Ethnien, Nationalitäten, Kulturen und Religion führt dazu, dass eine Politik, die auf ein dauerhaft friedliches, zukunftsorientiertes Zusammenleben der Stadtgesellschaft abzielt, nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie diese Vielfalt erkennt, wertschätzt und ihre Potentiale nutzt.

Die Kölner Politik und Verwaltung sowie zahlreiche soziale Träger und zivilgesellschaftliche Akteure entwickeln und realisieren seit vielen Jahren verschiedene Maßnahmen zur Förderung einer integrativen Stadtgesellschaft. Dabei erfährt die ursprüngliche Orientierung an Defiziten der Zugewanderten einen Perspektivenwechsel: Die Menschen werden zunehmend in ihren Potentialen wahrgenommen. Es gilt, die zunächst vorhandenen Barrieren abzubauen, welche die Zugewanderten von der Teilhabe an wesentlichen Lebensbereichen ausschließen. Durch gezielte Maßnahmen sollen zudem die individuellen Stärken der Menschen gefördert werden. Damit sollen sie in die Lage versetzt werden, ein selbstständiges,

erfülltes Leben zu führen und einen aktiven Beitrag zur Gestaltung des Lebens in unserer Stadt zu leisten.

Im Umgang mit Menschen, die eine Fluchterfahrung haben und nicht selten traumatisiert sind, ist eine besondere Sensibilität und Kreativität erforderlich. Diese Menschen brauchen nicht nur Obdach, Nahrung sowie Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten, Bildung und Arbeitsmarkt. Auch sind sie auf eine Unterstützung bei der Verarbeitung der Fluchterlebnisse und beim Wiederaufbau des oft verlorengegangenen Selbstwertgefühls angewiesen. Nur so können sie ihre Bedürfnisse äußern, angebotene Hilfen wahrnehmen und in die neue Lebenswelt hineinwachsen.

Nicht alle Rahmenbedingungen für die wechselseitigen Integrationsprozesse können jedoch von der Kommune geschaffen oder beeinflusst werden. Die ausländerrechtlichen Bestimmungen und die Kostenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind Beispiele dafür, dass die Handlungsspielräume der kommunalen Akteure schnell an ihre Grenzen stoßen. Daher setzt sich die Kommunalpolitik intensiv dafür ein, dass Städte, die Ziele der Migration und Orte der Integration sind, von der EU, von Bund und Ländern eine materielle und immaterielle Unterstützung erhalten.

Eine besondere Bedingung für den Zusammenhalt und ein gutes Funktionieren einer Gesellschaft ist das Zugehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder. Dieses kann nur entstehen, wenn sich alle in ihrer Einzigartigkeit anerkannt, respektiert und nützlich für die Gemeinschaft fühlen. Dies gilt für Alteingesessene und Zugewanderte gleichermaßen.

Meine Damen und Herren,

in der heutigen Veranstaltung werden wir uns hauptsächlich mit der Zukunft der Migration nach Europa und ihren Folgen befassen. Doch brauchen wir bereits heute eine Willkommenskultur, welche ein „Wir-Gefühl“ entstehen und wachsen lässt. Durch entsprechende Rahmenbedingungen kann diese zwar gefördert werden. Ihren Ursprung hat sie allerdings in den Köpfen der Menschen. Aus diesem Grunde sind alle gesellschaftlichen Akteure gefragt, wenn es um einen Abbau von Vorurteilen und die Bekämpfung von unterschiedlichen Formen von Rassismus, Diskriminierung und

Ausgrenzung geht. Und uns allen muss stets bewusst sein, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft Potenzialträger sind und dass unsere Gesellschaft durch eine kulturelle Vielfalt bereichert wird. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.